

Deutsch-Ungarisches Forum 25. Jahrestagung

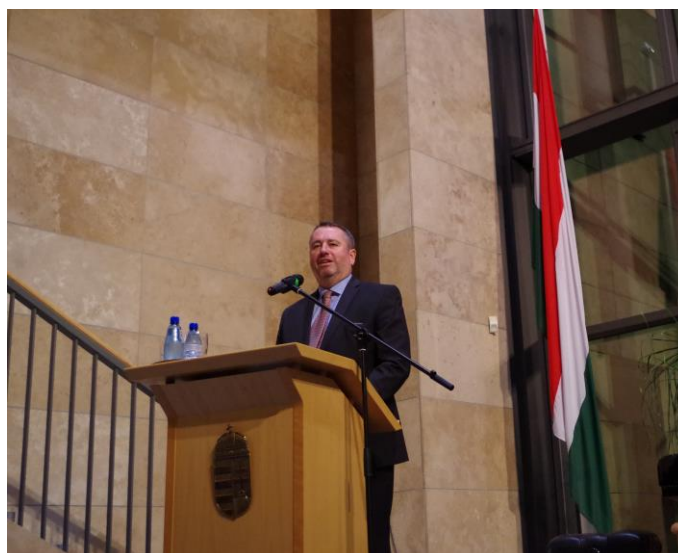


Deutsch-Ungarisches Forum

Am 12. und 13. November fand die 25. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums und das fünfte Junge Deutsch-Ungarische Forum im dbb forum in Berlin statt. Die vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK) organisierte Konferenz stand in diesem Jahr im Zeichen der Perspektiven der Zusammenarbeit in Europa aus deutscher und ungarischer Sicht. Für knapp 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter hochrangige Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft, bot die 25. Jahrestagung abermals eine Plattform zum intensiven gemeinsamen Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Dinnerbuffet mit Dinnerreden

Den Auftakt der diesjährigen 25. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums bildete ein Dinnerempfang auf Einladung der Ungarischen Botschaft in Berlin. Hierzu begrüßte Dr. Péter Györkös, Botschafter von Ungarn in Berlin die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstmalig in seiner neuen Funktion. Auch Dr. Heinz-Peter Behr, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, hielt eine kurze Ansprache zur Begrüßung.



Eröffnung des Deutsch-Ungarischen Forums 2015

Am nächsten Morgen eröffneten die Ko-Präsidenten Prof. Dr. Péter Balázs und Elmar Brok, MdEP, die 25. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums offiziell. Beide betonten insbesondere die Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Das gegenseitige Verständnis und eine unentwegte Verständigung seien in der derzeitigen Situation besonders wichtig, betonten sie.



Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, ging zum einen auf die mangelnde Unterstützung für das von der Kommission geforderte Quotensystem zur Verteilung von Flüchtlingen ein. Nun müsse der Schwerpunkt darauf liegen, den Krieg in Syrien zu beenden und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den anderen Herkunftsländern zu erreichen. Zudem betonte er die Bedeutung der Handelspolitik durch die eine neue Völkerwanderung verhindert werden müsse. Prof. Dr. Péter Balázs, Außenminister a. D., betonte wie wichtig das Gesprächsforum sei, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu schaffen. Des Weiteren erinnerte Balázs daran, dass die Flüchtlingskrise nicht nur die deutsche, sondern auch die ungarische Gesellschaft entzweie.

Paneldiskussion I: Die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik

Dr. Funda Tekin vom Institut für Europäische Politik (IEP) moderierte die Paneldiskussion zum Thema „Die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik“. Das Podium setzte sich aus Gergely



Pröhle, stellv. Staatssekretär für internationale und EU-Angelegenheiten im ungarischen Ministerium für Gesellschaftliche Ressourcen, Prof. Dr. Christine Langenfeld, Direktorin der Abteilung

für Staatsrecht am Institut für öffentliches Recht der Universität Göttingen, József Szájér, MdEP und Mitglied des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB und Bundesminister a. D., sowie Zsuzsanna Szélényi, MdNV und Mitglied des Haushaltsausschusses der ungarischen Nationalversammlung. Debattiert wurde über die Herausforderungen der Flüchtlingskrise für die EU und die Mitgliedsstaaten sowie die Bewahrung der Werte Europas beim Umgang mit der Flüchtlingskrise. Gegenwärtig würden wir den Zusammenbruch eines Rechtssystems erleben, nämlich den des gemeinsamen europäischen Asylsystems. Die Dublin-III-Verordnung funktioniere nicht mehr, wurde zu Beginn der Diskussion festgestellt. Andere Podiumsgäste unterstrichen hingegen, dass die Mitgliedstaaten sich wieder auf die Grundprinzipien des Dublin-Systems besinnen und es gegebenenfalls um zusätzliche Mechanismen ergänzen müssten. Eine Regulierung und Steuerung des Zuzugs wurde als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen. Die Zukunft des Dublin-Rechtssystems sei eng mit der Zukunft des Schengener Abkommens verknüpft. Es wurde unterstrichen, dass sich die ungarische Regierung der negativen Symbolkraft der neu errichteten Zäune bewusst sei. Jedoch seien Zäune nicht ein Zeichen der Abschottung, sondern Ausdruck eines berechtigten Verlangens eines souveränen Staates, die Einreise kontrollieren zu wollen. Dagegen wurde argumentiert, dass auf der

Grundlage eines gemeinsamen politischen Willens auch eine gemeinsame europäische Lösung gefunden werden müsse. Die Priorität dürfe weniger auf der Bekämpfung der Zuwanderung liegen, sondern vielmehr auf der Bekämpfung der Konfliktherde in den Herkunftsländern.

Zur aktuellen Lage aus deutscher und europäischer Perspektive wurde zunächst die Hilfsbereitschaft gegenüber den eingetroffenen Flüchtlingen hervorgehoben. Deutschland habe hier ein wichtiges Signal weit über die Grenzen Europas hinaus gesendet. Allerdings stelle sich diesbezüglich auch die dringende Frage der Integration der Flüchtlinge. Europa müsse erörtern, was sein Beitrag sein könne, um dieser Herausforderung Herr zu werden. Dabei wurde erneut betont, dass alle weiteren Schritte solidarisch und gemeinschaftlich durchgeführt werden sollten.

Trotz unterschiedlicher Ansichten waren sich die Panellisten darin einig, dass es einen gesamteuropäischen Ansatz brauche, um dieses gesamteuropäische Problem zu lösen. Frühzeitige, kohärente, nationale und europäische Integrationskonzepte für bleibeberechtigte Flüchtlinge müssten unter Beachtung einer solidarischen Lastenverteilung innerhalb der EU durchgeführt werden. Konsens bestand darin, dass der Schutz der europäischen Außengrenzen notwendig sei, wobei die Frage wie dieser Schutz definiert werden müsse nicht abschließend beantwortet wurde. Jedoch sei auch hier eine enge Zusammenarbeit notwendig, um die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu gewährleisten.

Arbeitsgruppe I: Wirtschaft – Strategien und Ergebnisse der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise: Juncker-Plan, Freihandelsabkommen (TTIP), Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

In der Arbeitsgruppe Wirtschaft diskutierten Dr. Volker Treier, stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Christian Petry, MdB und Mitglied des Ausschusses



für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Tamás Mydlo, Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel in Budapest, Prof. Dr. Ansgar Belke, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität Duisburg-

Essen, und István Lepsényi, Staatssekretär im Ministerium für Nationale Wirtschaft. Unter der Moderation von Prof. Dr. Stefan Okruch, Professur für Wirtschaftspolitik an der Andrassy Universität Budapest, wurde über aktuelle und zukünftige ökonomische Herausforderungen in der EU debattiert. Insbesondere der Juncker-Plan, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und die

wirtschaftliche Entwicklung Ungarns standen dabei im Fokus der Gesprächsrunde. Die Teilnehmer aus Ungarn und Deutschland führten eine facettenreiche und intensive Diskussion.

Grundsätzlich wurde die wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn als positiv betrachtet, da Ungarn ein starkes und beständiges Wirtschaftswachstum, insbesondere im Bereich der Fahrzeug- und Elektronikindustrie, verzeichne. Im Bereich Forschung werde intensiv mit deutschen Unternehmen kooperiert, hier seien große Fortschritte zu verzeichnen. Insgesamt sei ein eindeutiges Wohlstandswachstum in Ungarn zu erkennen, das auch in Zusammenhang mit der erfolgreichen Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit stünde.

Des Weiteren wurde die wirtschaftliche Lage auf EU-Ebene betrachtet. Die Diskutanten werteten den Juncker-Plan als einen wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Innovation und wirtschaftliche Entwicklung würden zielgesetzt gefördert. Allerdings sei auch Skepsis angebracht, da kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), trotz ihrer hohen Relevanz für die Wirtschaft Europas, wenig Aufmerksamkeit erhalten würden.

Einigkeit zeigten die Podiumsgäste bezüglich des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP), das als wichtige internationale Kooperation angesehen wurde. Einzelne Aspekte – wie beispielsweise die Investor-Staat-Streitbeilegung oder Genmanipulation – bedürfen allerdings einer kritischen Betrachtung. Auch bei der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Investitionen in Bildung sowie den Ausbau eines sozialen Europas zeigten sich die Podiumsgäste einig darüber, dass diese mehr in den Fokus rücken müssten. Gegensätzliche Ansichten vertraten die Panellisten in Bezug auf eine verstärkte Finanzdisziplin und wirtschaftspolitische Regulierungen, die für einige Podiumsgäste unabdingbar für einen stabilen und wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaftsraum seien. Dahingegen wurde vor Überregulierung und zu starker Vereinheitlichung gewarnt.

Arbeitsgruppe II: Deutsch-Ungarisches Medienforum: Gegenseitige Wahrnehmung und jeweilige Perspektive auf europäische Themen

Das Deutsch-Ungarische Medienforum, das in diesem Jahr das erste Mal stattfand, wurde von Dr. Gereon Schuch, dem stellv. Direktor am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, moderiert. Die Podiumsgäste Dr. József Czukor, Ungarischer Botschafter in Berlin a.D., Dr. Georg Paul Hefty, ehem. Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Edit



Inotai, Journalistin und ehem. Korrespondentin für die ungarische Zeitung Népszabadság in Berlin, Frank Spengler, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest, sowie Jan Niklas Engels, Leiter

der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest, diskutierten über die gegenseitigen Wahrnehmungen der beiden Länder und der jeweiligen Perspektive auf europäische Themen in den Medien. Dabei konzentrierte sich sowohl die Diskussion auf dem Panel, als auch die anschließende Publikumsdiskussion auf das eher negative Ungarnbild in den Deutschen Medien und mögliche Ursachen hierfür.

Hauptkritikpunkte an der deutschen Medienberichterstattung waren eine fehlende Ausgewogenheit in der Berichterstattung, d. h. eine zu große Einseitigkeit und die Neigung zu Pauschalisierungen. Darüber hinaus werde in den Medien nicht zwischen der Bevölkerung und der Regierung differenziert und sich mit der Medienberichterstattung von Seiten der Bevölkerung und der Medien selbst nicht kritisch genug auseinandergesetzt. Gründe hierfür sahen die Diskutanten in der sich verändernden Medienlandschaft, die zunehmend auf Schnellebigkeit und aussagekräftige Titel setze. Fehlende Sprachkenntnisse, die wichtig seien um ein Land und seine Kultur zu verstehen, wären ein weiteres Problem vor dem viele Korrespondenten in Ungarn stünden. Des Weiteren wurden auch in der Informationspolitik der ungarischen Regierung Gründe für das negative Ungarnbild in den deutschen Medien gesehen. Plädiert wurde für mehr Transparenz, Offenheit und eine schnellere Informationsweitergabe. Schließlich wurde der sehr auf offene Provokation ausgelegte Politikstil der ungarischen Regierung und besonders Viktor Orbáns als Grund für Missverständnisse und ein negatives Ungarnbild in den deutschen Medien angeführt.

Arbeitsgruppe III: Fünfte Tagung des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums: Ausblick auf das gemeinsame Europa der nächsten 25 Jahre

Die Teilnehmenden der fünften Jahrestagung des Jungen Deutsch-Ungarischen Forums diskutierten nicht nur Erwartungen an die Zukunft der EU, sondern auch die Bedeutung der Erinnerung an die Geschichte, eine gemeinsame europäische Identität und aktuelle Themen wie die Flüchtlingskrise in Europa. Das Forum wurde moderiert von Manuel Sarrazin, MdB und europapolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Deutschen Bundestages. Nach kurzen Eingangsstatements von Katalin Erdélyi von der József-Antall-Stiftung in Budapest, Maren Schoening, Vorsitzende des



Deutsch-Ungarischen Jugendwerks in Berlin, Anna Sára Topolánsky vom Ungarischer Rat der Europäischen Bewegung in Budapest, Julia Klein vom Institut für Europäische Politik und Katja

Scholl von der Andrassy Universität in Budapest, diskutierten die Panellistinnen mit den anderen teilnehmenden Studierenden aus Deutschland und Ungarn die Bedeutung einer europäischen Geschichtsschreibung am Beispiel des Mauerfalls 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990.

In der Debatte wurde deutlich, dass ein gemeinsames europäisches Geschichtsnarrativ, das symbolträchtige Ereignisse wie den Mauerfall aus einer europäischen Perspektive beschreibt, für eine europäische Identitätsbildung wichtig sei. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, welche Werte die europäische Identität neben der Aufklärung beinhalte. Mehrere Teilnehmende machten deutlich, dass Europa zwar einen wichtigen Teil ihrer Identität darstelle, dass daneben aber auch Kategorien wie „Nation“ und „Religion“ von großer Bedeutung seien. Die Frage nach der europäischen Identität stelle sich nicht nur im Zusammenhang mit einer europäischen Geschichtswahrnehmung, sondern auch in Bezug auf die Bewältigung aktueller Probleme und Herausforderungen der Europäischen Union.

Die Vertreterinnen auf dem Podium diskutierten mit den Teilnehmenden, inwieweit europäische Werte und eine europäische Identität durch aktuelle, als Krisen wahrgenommene Herausforderungen bedroht seien. Neben steigenden Flüchtlingszahlen ging es um Themen wie Digitalisierung, Jugendarbeitslosigkeit und Bildung, die von den Panellistinnen als Herausforderungen für das gemeinsame Europa der nächsten 25 Jahre identifiziert wurden. Abschließend äußerten sich die Podiumsgäste optimistisch, dass die EU als Wertegemeinschaft gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen bewältigen werde. Dabei sollten alle Länder, auch der sozialen und geografischen Peripherie, gleichermaßen einbezogen werden.

Paneldiskussion II: Die EU/Russland-Beziehungen und die Bedeutung der Ukraine Krise für das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent

Unter dem Titel „Die EU/Russland-Beziehungen und die Bedeutung der Ukraine Krise für das Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent“ moderierte Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des



Instituts für Europäische Politik, die sechsköpfige Panellistenrunde. Es diskutierten Elmar Brok, MdEP, Prof. Dr. Péter Balázs, Norbert Spinrath, MdB und Europa-politischer Sprecher der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, Zsolt

Németh, MdNV und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Ungarischen Nationalversammlung, Dr. Katrin Böttger, stellv. Direktorin des Instituts für Europäische Politik,

sowie Dr. András Rácz vom Finnischen Institut für Internationale Beziehungen, über die aktuellen Entwicklungen und die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Zentral waren dabei die Fragen nach Ursachen und Lösungsansätzen für die gegenwärtige Ukrainekrise.

So sei das außenpolitische Verhalten Russlands unter anderem durch die innenpolitische Lage zu erklären. Russlands Regierung werde zum einen von der konservativen Elite der Silowiki dominiert und nutze zum anderen außenpolitisches Handeln zur Kompensation innerer Probleme. Darüber hinaus sei die Krise das Ergebnis des Aufeinanderprallens der unterschiedlichen Nationalbilder der Ukraine und Russlands. Nach Meinung einiger Panellisten sei das Ziel Russlands primär die Anzweiflung der europäischen Ordnung und schließlich die Destabilisierung der EU. Aus diesem Grund wurden die Handlungsoptionen der EU intensiv debattiert. Die Panellisten waren sich einig, dass eine politische Lösung nötig sei. Darüber hinaus müssten nach Meinung Einiger gleichzeitig Perspektiven für Zusammenarbeit und Dialog offen gehalten werden. Die Bedeutung einer gemeinsamen, transatlantischen Position mit den USA und der NATO wurde von einigen Panellisten besonders betont. Auch Russlands Rolle im Syrienkonflikt und insbesondere die Frage, ob Zugeständnisse an Russland gemacht werden dürften, um eine Lösung beider Konflikte herbeizuführen, wurden diskutiert. Während einige Diskutanten in diesem Zusammenhang die Zugehörigkeit der Krim zu Russland als de facto gegeben ansahen, distanzieren sich andere von solchen Überlegungen. Ein Nachgeben der EU im Falle der Krim gefährdete nicht nur die bestehende Ordnung, sondern führte zur Rückkehr der Politik alter Machteliten und provozierte zudem weitere Konflikte, so die Argumentation. Auch die Entwicklung der Ukraine war Thema der Diskussion. Diese sehe sich mit einer Vielzahl innerstaatlicher Problemen, wie der Abhängigkeit von Oligarchen und der mangelnden Reformfähigkeit, angesichts von Korruption, konfrontiert. Hier sei die Unterstützung durch die EU zentral, um die sich bietende Chance einer erfolgreichen Transformation der Ukraine zu ergreifen, so der abschließende Konsens.

Schlussworte seitens der Regierungen beider Länder zu aktuellen Fragen der Europapolitik

Die Tagung endete mit Schlussworten seitens der Regierungen der beiden Länder zu aktuellen Fragen der Europapolitik, gesprochen von Joachim Bleicker, Botschafter und Beauftragter für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Auswärtiges Amt sowie Dr. Péter Györkös, Botschafter von Ungarn in Berlin. Beide griffen noch einmal die Bedeutung des Forums als wichtiges Instrument für die bilateralen Beziehungen sowie als zivilgesellschaftliche Plattform des offenen und direkten Austauschs auf, auch mit Blick auf die Tagung im kommenden Jahr 2016 in Budapest.